MITTAGSPOST

09.10. Ausgabe 17/2020

Fraktion

Wieder einmal hat uns in der Fraktion die unbeständige Corona-Situation beschäftigt. Es gilt, unsere wichtigsten demokratischen Säulen zu stärken und pandemietauglich zu machen, so auch das Bundeswahlgesetz. Das Gesetz ermöglicht es, dass 9 Monate vor der Bundestagswahl, sollte die Corona-Lage andauern, andere Nominierungsmöglichkeiten für Bundestagsabgeordnete eingeräumt werden können. Sollte also die Ausnahmesituation festgestellt werden, können sich die Bundestagskandidaten den Delegierten online oder per Brief vorstellen und beteiligen. Ihre Wahl kann dann per Briefwahl erfolgen. Außerdem haben wir lange debattiert über die Realisierung einer Dokumentations-, Bildungs- und **Erinnerungsstätte** der NS-Zeit, insbesondere der Besatzungszeit in Osteuropa. Näheres muss dazu noch erarbeitet werden. Bis zum Jahresende soll ein Zeit- und Maßnahmenplan vorliegen.

Svetlana Tichanowskaja, belarussische Oppositionsführerin, war zu Besuch bei uns SPD-Frauen der Bundestagsfraktion. Wir unterstützen ihre Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere der inhaftierten Frauen.

Plenum

Diese Woche wurde in erster Lesung über die Erhöhung der Grundsicherung diskutiert. Die Höhe der Regelsätze war neu ermittelt worden mit dem Ergebnis, dass sie ab dem 01. Januar 2021 steigen sollen. Besonders Kinder und Jugendliche profitieren von der zukünftigen Regelung. Außerdem werden künftig auch die Kosten für die Mobilfunknutzung miteinbezogen.

Um die Anreize für Unternehmen, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen, zu erhöhen, müssen diese ab 2021 einen stetig ansteigenden **Preis für die CO2-Emissionen** aus der Nutzung von fossilen Energien zahlen. Zu Beginn des Zertifikathandels wird eine Tonne CO2 25 Euro kosten und bis 2025 auf 55 Euro steigen, deutlich mehr als ursprünglich geplant. In einigen Bereichen, beispielsweise der Abfallverbrennung, müssen Einzelheiten, wie eine Verschiebung des Einstiegs in den Emissionshandel, noch geklärt werden.

Außerdem wurde die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuergestaltung thematisiert. Durch die Globalisierung und Verlagerung der Produktionsstätten ins Ausland profitieren multinationale Unternehmen von einem niedrigen Steueranteil. Das aktuelle Abkommen wurde häufig von diesen Unternehmen ausgenutzt, weshalb nun durch den beschlossenen Gesetzesentwurf dafür gesorgt werden soll, dass alle Unternehmen einen fairen Steueranteil zahlen müssen.

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de

MITTAGSPOST Berlin

Ausschuss Landwirtschaft

Sowohl in unserer SPD-AG Landwirtschaft, als auch im Ausschuss stand diese Woche das aktuelle Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) auf der Tagesordnung. Der WBAE berät das Landwirtschaftsministerium (BMEL) und gibt Empfehlungen ab. Diesmal ging es u.a. um die **Neuausrichtung der Nutztierhaltung** für die ein mehrstufiges, staatliches Tierwohllabel gefordert wird, das alle Nutztierarten umfasst und das verpflichtend sein soll. Das sind genau die Punkte, die auch die SPD gegenüber dem BMEL immer wieder einfordert. Das Gutachten weist auch darauf hin, dass es höchste Zeit für ein staatliches Label wird, da bereits seit April 2019 eine einheitliche privatwirtschaftliche Kennzeichnung der Haltungssysteme in großen Teilen des deutschen Lebensmitteleinzelhandels eingeführt wurde. Auch die Ernährungspolitik des BMEL wurde kritisch bewertet. Frau Klöckner setze nur auf freiwillige Maßnahmen.

Öffentliche Anhörung

Am Montag stand eine Anhörung zum Entwurf des Arbeitsschutzkontrollgesetzes an, mit dem wir den **Arbeitsschutz in Betrieben** besser kontrollieren und Werkverträge im Kernbereich der Fleischwirtschaft verbieten wollen. Die Gewerkschaften haben unseren Vorschlag ausdrücklich begrüßt. Der DGB machte deutlich, dass das Verhalten der Fleischindustrie gesetzliche Nachschärfungen notwendig macht. Der Dachverband wies besonders darauf hin, dass die Arbeitszeiterfassung manipulationssicher sein muss. Auch die NGG begrüßt das Vorhaben, die unhaltbaren Zustände in der Fleischwirtschaft zu beenden. Die Missstände seien seit Langem bekannt und dokumentiert. Auch sei die Fleischwirtschaft in großen Teilen seit Langem von schlechten Arbeitsbedingungen und mangelndem Arbeitsschutz gekennzeichnet. Die Anhörung zeigte, dass Arbeitsminister Heil den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Innenausschuss

Im Innenausschuss war eine Debatte zum **Lagebericht Rechtsextremismus** in den Sicherheitsbehörden geplant. Die Sitzung war extra früh um 8 Uhr anberaumt worden, nur um dann doch eine Enttäuschung zu werden. Tags zuvor hatte Seehofer den Bericht bereits der Presse vorgestellt, nur um uns dann einen Tag später genau das Gleiche zu erzählen. Diese Kritik scheint aber gänzlich an ihm abzuprallen. Der Präsident des Verfassungsschutzes erläuterte ebenfalls. Er plant im Nachgang ein Lagebild rechts des gesamten öffentlichen Dienstes in Zusammenarbeit mit den Ländern. Ziel ist eine dauernde Auswertung und laufende Anpassung der Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung. Seehofer will nun eine allgemeine Studie darüber, wer zur Polizei geht, welchen Veränderungen der Polizeialltag unterliegt und getrennt davon eine gesamtgesellschaftliche Rassismusstudie, von denen wir schon Dutzende haben. Wir SPDler fordern eine wissenschaftlich begleitete Bund-Länderstudie für den gesamten öffentlichen Dienst, inklusive Hell- und Dunkelfeldstudie.

Im Gespräch mit Dr. Martin Singheiser, Bundesverband für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz e.V., über exotische Tierarten und die Gefahr durch Zoonosen.

V.i.S.d.P.: Susanne Mittag, MdB, Deutscher Bundestag,
Tel: 030 227 78171, Fax: 030 227 70173, E-Mail: susanne.mittag@bundestag.de